

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

9. Jahrgang, Nummer 3

Z 2753 E

Bonn, im März 1961

INHALT

MARX KAM BIS GODESBERG von Otto Stolz	S. 1
DIE GEISTIGEN UND SOZIALPOLITISCHEN GRUNDLAGEN DER CDU/CSU von Heinrich Krone	S. 5
DAS GESETZ FÜR DIE STUNDE DER NOT Eine Dokumentation des Bundesministeriums des Innern	S. 7
„AUS DER LUFT GEGRIFFEN“ Keine konfessionelle Ämterpatronage in Nordrhein-Westfalen	S. 8
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	S. 10

MARX KAM BIS GODESBERG

Altsozialistisches im neuen SPD-Programm

von Otto Stolz, Köln

Zu den politischen Glaubenssätzen, die in der Bundesrepublik weit verbreitet sind, gehört nicht zuletzt: die SPD sei keine marxistische Partei mehr. Dem zu widersprechen ist nicht einmal ganz ungefährlich in einer Zeit, in der sich die SPD jeder grundsätzlichen Kritik an ihrem Programm dadurch zu entziehen sucht, daß sie — wie Willy Brandt am 23. Dezember 1960 im „Vorwärts“ — das „Gebot größerer Gemeinsamkeit“ proklamiert und — so Herbert Wehner am 30. Juni 1960 im Bundestag — erklärt, es sei zwingend notwendig, „unser innenpolitisches Verhältnis zueinander in die Ordnung zu bringen, die uns befähigen könnte, der gesamtdeutschen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden“. In der Praxis ist aus diesem lobenswerten, wenn auch recht verspäteten Vorhaben etwas anderes geworden: Wer nicht bereit ist, widerspruchlos die parteioffizielle Deutung des Grundsatzprogramms von Bad Godesberg zu akzeptieren, wer auf Zweideutigkeiten des Programms und seine Widersprüche zu späteren Er-

klärungen hinweist, der ist plötzlich jemand, der die „gesamtdeutsche Verpflichtung“ um des schnöden Parteienstreites wegen hintanstellt.

Gerade die Verpflichtung gegenüber dem ganzen deutschen Volk zwingt aber dazu, das Gegenteil von dem zu tun, was die SPD als taktische Generallinie durchzusetzen bemüht ist. Sie will prinzipielle Unterschiede zwischen den großen Parteien nicht mehr gelten lassen, was in der Brandtschen Formel kumuliert: Nicht anders, aber besser als Adenauer. Als Konsequenz ergibt sich daraus für die SPD die Amerikanisierung, sprich Personalisierung des Wahlkampfes. Sie will dadurch bei den über fünf Millionen Wählern, die sie 1961 dazugewinnen möchte, den Eindruck erwecken, daß in der Bundesrepublik, wie in den Vereinigten Staaten, nicht mehr die richtige Partei, sondern der richtige Mann zu wählen sei. Aber das stimmt nur dort, wo die ideologischen Grundhaltungen der konkurrierenden Parteien tatsächlich identisch sind.

Auch und gerade nach dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD trifft dies aber für das Verhältnis von CDU/CSU, FDP, DP, BHE einerseits und SPD andererseits nicht zu. Die SPD ist immer noch mehr sozialistische als demokratische Partei. Ihre Ideologie und Zielsetzung sind nach wie vor marxistisch. Dem wird sofort entgegengehalten werden: Aber die SPD lehnt die Diktatur des Proletariats ab. So kann indessen nur argumentieren, wer Karl Marx noch immer für einen fixen Tatbestand hält, obwohl ihn die Sozialisten aller Schattierungen zu einem flexiblen gemacht haben. Schon Lenin hat 1899 ausgeführt: „Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur die Grundpfeiler zu der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten in allen Richtungen weiterentwickeln müssen, falls sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen.“ Es wird schwerfallen, in dieser Erklärung einen Widerspruch zu dem zu finden, was Herbert Wehner in der Diskussion während des Godesberger Parteitagess sagte: „Ich bin der Überzeugung, daß marxistisches Denken . . . und marxistische Methode für unsere SPD unentbehrlich sind . . ., ich bin der Meinung, daß der Marxismus als eine Doktrin weder parteibildend noch im Sinne dessen, was wir als soziale Demokratie und als demokratischen Sozialismus wollen müssen, fördernd sein kann, wenn er als eine Doktrin, als Lehrgebäude, einer Partei als allein gültig aufgedrängt werden sollte.“ Man kann es auch anders ausdrücken: Wer den Marxschen revolutionären Weg zum Sozialismus für falsch hält, der hat deshalb noch nicht den Sozialismus selbst preisgegeben, der hat nur die Theorie „weiterentwickelt“.

Zu dieser Weiterentwicklung gehört aber nicht zuletzt die Verwendung eines veränderten Wortschatzes, um alte Ideen neu zu formulieren und sie mit dieser verbesserten Verpackung erfolgreicher verkaufen zu können. So finden wir denn im Grundsatzprogramm, sachlich unverändert, den Absolutheitsanspruch des wissenschaftlichen Sozialismus, der die auf ihm basierenden Parteien vermeintlich qualitativ über seine Konkurrenten erhebt. Denn diese sind nur die Interessenvertreter der zum Untergang bestimmten Gesellschaft, sie haben die geschichtliche Notwendigkeit gegen sich.

Sozialistische Neuordnung

Anders die SPD: „Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit. Diese neue und bessere Ordnung erstrebt der demokratische Sozialismus.“ So heißt es in der Präambel des Grundsatzprogramms. In seinem Schlußabsatz „Unser Weg“ wird diese Heilsverheißung noch nachdrücklicher betont: „Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut . . .“ Hier wird auch ausgesprochen, was im übrigen Programmtext nicht so deutlich wurde: daß man eine sozialistische Partei ist: „Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der SPD.“

Die „neue Ordnung“ der Gesellschaft bedeutet aber unvermeidlich die Überwindung der bestehenden, nicht ihre Reform. Wie aber überwindet man die „alte“ Gesellschaft unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts? „Die Sozialdemokratie will, das sagt dieses Programm aus, ihre historische Aufgabe erfüllen als die Partei der konsequent durchgeführten Demokratisierung, als die Partei, die die Angehörigen der Arbeiterklasse aus zwar inzwischen der Verfassung nach vor dem Gesetz gleichberechtigten, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung nach aber immer noch abhängigen und deshalb nicht voll gleichberechtigten zu wirklich gleichberechtigten Staatsbürgern macht.“¹⁾ Was heißt dies anderes als: „mit

den Mitteln der Demokratie zum Sozialismus“²⁾, man kann auch sagen: zur klassenlosen Gesellschaft. In einer Antwort auf jugoslawische Kritik am Grundsatzprogramm³⁾ umreißt Herbert Wehner die Ziele der SPD folgendermaßen:

„Das in Bad Godesberg beschlossene Grundsatzprogramm der SPD ist das Programm der politischen Partei, die die Klassenvorrechte überwinden und die Demokratie als die allgemeine Staats- und Lebensordnung in Deutschland durchsetzen will. Die Demokratie als die allgemeine Staats- und Lebensordnung ist mehr als eine demokratische Staatsordnung, wie wir sie heute in vielen Ländern sehen, in denen zwar mit dem Mittel des demokratischen Wahlrechts Parlamente gewählt und die von den Parlamenten gebildeten Regierungen durch die Parlamente kontrolliert werden, in denen aber dennoch die Demokratie, die soziale Sicherheit und die Freiheit der Persönlichkeit immer wieder gefährdet werden, weil in der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft immer wieder Kräfte die Oberhand gewinnen, die Einfluß auf den Staat nehmen und ihn dazu benutzen, ihre eigene Macht zu üben und zu erweitern.“

Die Demokratie als die allgemeine Staats- und Lebensordnung ist auch etwas völlig anderes als jene Ordnung, die wir in Deutschland jenseits der Zonengrenze in der ‚DDR‘ sehen, eine Ordnung, die durch einen auf fremde Panzer gestützten Machtapparat aufrechterhalten wird. Dieser Machtapparat hat zwar das private Gewinn- und Machtstreben in der Wirtschaft durch den Gewinn- und Machtanspruch der herrschenden Führung der ‚Einheitspartei‘ verdrängt, aber er hält eine Ordnung aufrecht, in der den breiten Volksschichten die demokratischen Rechte, der Rechtsanspruch auf soziale Sicherheit und die Freiheit der Persönlichkeit vorenthalten wird.“

Danach also wäre das SPD-Grundsatzprogramm Richtlinie des Handelns für eine Partei, die das private Gewinn- und Machtstreben in der Gesellschaft beseitigen will, weil es den Staat zu seinem Instrument macht, andererseits aber die Ordnung der Sowjetzone im Prinzip akzeptiert, weil dort eben dieses Streben nicht mehr existiert. Anders ausgedrückt: Die „kapitalistische Ordnung“ der Bundesrepublik ist grundsätzlich zu ändern, die „sozialistische“ in der Sowjetzone nur graduell, indem die „herrschende Führung der Einheitspartei“ abgelöst wird. Diese Wehnersche Analyse der Lage Deutschlands ist marxistisch, die Konsequenzen sind es auch. Wehner war offenbar daran gelegen, einem führenden jugoslawischen Kommunisten zu beweisen, daß das Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten durchaus nicht den unter dem Namen „Titoismus“ bekannten Vorstellungen vom Marxismus widerspricht.

Die Überwindung der bestehenden Gesellschaft wird in variierenden Formulierungen immer wieder im Grundsatzprogramm gefordert. Im Abschnitt „Grundsatzforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft“ findet sich die Ausgangsposition für Wehners „Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung“ in dem Satz: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“ Und an anderer Stelle: „In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.“ Im „Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien“ will man „die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus zu formen“. Eine unerfreuliche Vokabel, die aber zeigt, wie unbeirrt die SPD noch immer an den marxistischen Thesen vom prädestinierten Ablauf der Geschichte festhält, der zu der „höheren“ Stufe des Sozialismus führen muß.

¹⁾ Derselbe am 4. Dezember 1959 im „Vorwärts“

²⁾ „Die Irrtümer des Dr. Mladen Ivekovic“ im „Vorwärts“ vom 8. Januar 1960

³⁾ Herbert Wehner am 4. Dezember 1959 im „Vorwärts“

Marx durch die Hintertür

Aber die Überwindung der bestehenden Gesellschaft bedeutet ja nicht nur eine Umstrukturierung ihrer ökonomischen und organisatorischen Basis. Sie bedeutet notwendigerweise auch eine Veränderung ihrer Wertvorstellungen. Nach Marx gibt es keine absoluten, sondern nur relative Werte, die Widerspiegelungen der jeweiligen ökonomischen und Klassenstruktur sind und sich mit dieser verändern: „Dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktionsweise gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Ideen, die Kategorien gemäß ihren gesellschaftlichen Verhältnissen. Somit sind diese Kategorien ebensowenig ewig wie die Verhältnisse, die sie ausdrücken.“⁴⁾ Hier wird der entscheidende Unterschied zwischen Marxismus und Christentum und überhaupt jeder religiös begründeten Wertvorstellung deutlich. Wer diese Marx-Worte gelesen hat, wird zugeben müssen, daß sie ohne jeden Abstrich dem entsprechen, was im Grundsatzprogramm steht: „Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt.“ Marx formulierte 1848: „Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist.“ Im SPD-Grundsatzprogramm von 1959 heißt es: „Die Gesetze müssen der gesellschaftlichen Entwicklung zeitgerecht angeglichen werden, damit sie nicht zum Rechtsbewußtsein in Widerspruch geraten, sondern der Verwirklichung der Rechtsidee dienen.“ Und die Rechtsidee wiederum empfängt ihren Inhalt von den gesellschaftlichen Kräften. Das ist klassischer Marxismus, daran hatten auch die „Linken“ nicht auszusetzen, so daß der Abschnitt „Die staatliche Ordnung“ denn auch gegen nur zwei Stimmen von 346 angenommen wurde.

Nun wird von denen, die an eine „echte“ Wandlung der SPD glauben, immer darauf hingewiesen, daß der Name Karl Marx im Grundsatzprogramm überhaupt nicht vorkommt und außerdem als die geistigen Wurzeln des „demokratischen Sozialismus“ „christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie“ angegeben werden. Zunächst ist zu bemerken, daß es ein wahltaktischer Akt ist, wenn die Partei der „Sozialisten auf deutschem Boden“ bei der Angabe ihrer geistigen Herkunft Karl Marx einfach verschweigt. Zum anderen gehört nicht sehr viel analytischer Verstand dazu, um zu erkennen, daß, auf das Grundsatzprogramm bezogen, christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie nichts besagen, weil sie alles besagen können. Aus diesen Ingredienzen lassen sich schließlich, je nach Geschmack der Verfasser, Dutzende von weltanschaulichen Gebräuen zusammenkochen. Und endlich hat noch jede gegenwärtige Ideologie für sich die Geistesgeschichte zu okkupieren versucht. Man kann aber auch der Meinung sein, daß der offiziell verleugnete Karl Marx durch eine Hintertür in das Programm hereingelassen worden ist, nämlich durch den Satz: „Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht.“

Verstaatlichung

Nein, eine verbale Wandlung sollte nicht zu einer prinzipiellen umgedeutet werden. Dazu bietet das Programm auch in seinen mehr konkreten Abschnitten, besonders in den Teilen „Wirtschafts- und Sozialordnung“ und „Das kulturelle Leben“ nicht den geringsten Anlaß. Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik stellt sich vielmehr dar als die Konsequenz aus der Marxschen Erkenntnis, daß das private Eigentum an den Produktionsmitteln die Wurzel allen Übels in dieser Welt sei. Nur

hat man diesen simplen Tatbestand so verklausuliert, daß selbst die linken Genossen erst einiger Aufklärung bedurften, bis sie die hier praktizierte, schon von Lenin geforderte „äußerste Beweglichkeit in der Taktik“ begriffen. Aber aus dem Fehlen eines Sozialisierungskataloges zu schließen, die SPD habe die Verstaatlichung abgeschrieben — selbst Wirtschaftskreise glauben das —, verrät bemerkenswerte Naivität. Wie die Formulierungen des Grundsatzprogramms wirklich gewertet werden müssen, hat mit erstaunlicher Offenheit in Bad Godesberg Franz Marx (MdB) dargelegt:

„Es ist meiner Ansicht nach ein entscheidender und möglicherweise für die Diskussion und die Arbeit der Partei im allgemeinen folgenswerer Irrtum zu sagen, daß die in dem Grundsatzprogramm-Entwurf enthaltenen Formulierungen es an Konkretisierung sozialistischer Ziele fehlen ließen . . . Ich bin nicht dieser Meinung. Ich glaube, der Irrtum liegt in der Annahme, daß der Verzicht auf die Fixierung unmittelbarer Forderungen . . . eine Preisgabe sozialistischer Grundsätze sei.“

Wehner wurde in seinem schon oben zitierten Brief an den jugoslawischen Kommunisten noch deutlicher:

„Wer hat Ihnen übrigens erzählt, die SPD biete den Arbeitern in der sowjetischen Zone Deutschlands die Zurückführung der Produktionsmittel in den Privatbesitz an und schwöre dabei auf die Unantastbarkeit des Privateigentums und der privaten Produktionsinitiative? Wem soll denn diese Verdrehung sozialdemokratischer Absichten dienen?“

Zentralistische Planwirtschaft

Wir wollen uns einer „Verdrehung sozialdemokratischer Absichten“ keinesfalls schuldig machen: Die SPD hat sich durch ihr Grundsatzprogramm alle Voraussetzungen geschaffen, um im Falle der Machtergreifung eine zentralistische Planwirtschaft zu praktizieren. Die Instrumente sind: eine „Wirtschaft“, die „den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden muß“, was durch eine „volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ und ein „Nationalbudget“ erfolgt, das „verpflichtend für die Regierungspolitik“ und „eine wichtige Grundlage für die autonome Notenbankpolitik“ ist und außerdem „Richtpunkte für die Wirtschaft gibt, die das Recht zur freien Entscheidung behält“. Wenn „autonom“ wirklich, wie in jedem Lexikon nachzulesen, „selbständig, nach eigenen Gesetzen lebend“ bedeutet, dann ist es die Notenbank natürlich nicht unter diesen Bedingungen. Wie eine so durch „Richtpunkte“ eingekreiste Wirtschaft noch das „Recht zur freien Entscheidung“ praktizieren soll, ohne Selbstmord zu begehen, verraten die Verfasser nicht. Gegen dieses Programm wäre wenig einzuwenden, wenn es offen als sozialistisch-zentralistisches deklariert wäre. Aber es wird offeriert als „sozialdemokratische Wirtschaftspolitik“ — im Programmtext hieß es noch „freiheitliche“ —, in der „freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative, Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen“ als wesentliche Bestandteile gelten sollen. Hier ist man nach der Methode „für jeden etwas“ vorgegangen, gar nicht grundsätzlich, sondern wahltaktisch.

Aber im Abschnitt „Eigentum und Macht“ hat man sich dann mit schöner Selbstverständlichkeit einen Freibrief ausgestellt. Zwar steht hier der Satz, der auf eine Revolutionierung des sozialistischen Denkens und auf die völlige Abkehr von Marx schließen lassen könnte: „Das private Eigentum an den Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung“ — aber er geht weiter: „... soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.“ Das ist die gekonnte Dialektik der Zweideutigkeit, die gleichzeitig beweist, wie richtig die Deutung von Franz Marx (MdB) ist. Hinzu kommt noch, daß der Begriff der „wirksamen öffentlichen Kontrolle“, der an die Stelle der alten Sozialisierungsforderung getreten ist,

4) Karl Marx, „Das Elend der Philosophie“

in der Praxis uneingeschränkt ausgelegt werden kann. Die „Investitionskontrolle“ wird ausdrücklich hervorgehoben; wie man dabei aber hundert Zeilen vorher von einer Wirtschaft sprechen kann, die das „Recht zur freien Entscheidung“ behält und deren „wichtiges Element“ die „freie Unternehmer-Initiative“ sein soll, wird das Geheimnis der Programmverfasser bleiben. Im übrigen ist die gute alte Sozialisierung im neuen Gewande des „Gemeineigentums“ als „legitime Form der öffentlichen Kontrolle“ durchaus lebendig geblieben.

Kulturelles Sendungsbewußtsein

Während im wirtschaftspolitischen Teil die Verschleierung der nach wie vor angestrebten zentralen, gelenkten Wirtschaft mit entsprechender Einschränkung des privaten Sektors als einigermaßen gelungen betrachtet werden kann, tritt im Kapitel über „Das kulturelle Leben“ das ungebrochene Sendungsbewußtsein der sich mit dem determinierten Geschichtsablauf im Gleichschritt glaubenden Partei erheblich deutlicher hervor. Waldemar v. Knoeringen entwickelte in Bad Godesberg die Perspektiven sozialdemokratischer Kulturpolitik: „Deshalb bin ich der Meinung, es dürfte keine Regierungsbildung der SPD geben, wo nicht der Punkt Nummer 1 heißt: Wir fordern die Besetzung des Kultusministeriums.“ (Beifall) „Wir fordern das nicht, um die Menschen in der Richtung parteipolitischer Überlegungen zu mobilisieren, sondern wir fordern das, weil davon die Zukunft der Freiheit abhängt. Hiervon bin ich fest überzeugt.“ Und dann fährt v. Knoeringen fort: „Die wahre Alternative unserer Zeit heißt Bildung oder Untergang, und die SPD muß in der Vorhut kämpfen, muß diesen Kampf durchführen, muß es erreichen, daß wir die Lehrer erfassen, die Schulen durchdringen . . .“ Wenn die SPD-Kultusminister zu Vollzugsorganen des Weltgeistes befördert werden, dann können sie diese Funktion natürlich nur ausüben, wenn die „Kulturhoheit“ des Staates programmatisch gesichert ist: „Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muß alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.“

Es ist vielleicht nicht ganz zufällig, daß nach diesem Satz die Zwischenüberschrift „Religion und Kirche“ folgt. Und während hier erklärt wird, der Sozialismus sei kein „Religionersatz“ (was er übrigens noch niemals von sich behauptet hat), die SPD „achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften“ — im Programmentwurf hieß es noch „bejaht“ —, „sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln . . . bejahen“ — eine recht vieldeutige Formulierung, denn „soziales Handeln“ muß doch wohl als eines im Sinne der SPD verstanden werden —, also das Bemühen um eine „friedliche Koexistenz“ sichtbar wird, ist im Abschnitt „Die Schule“ von Toleranz keine Rede mehr. Hier werden, im Sinne v. Knoeringens, Machtpositionen etabliert, die fast an den Satz Lenins denken lassen: „Wir erklären offen, daß eine außerhalb des Lebens, außerhalb der Politik stehende Schule Lüge und Heuchelei ist.“

Kein Elternrecht

Denn die Aufgabe von Erziehung und Bildung, die der Jugend in „Schulen und Hochschulen gemeinsam“ vermittelt werden sollen, besteht darin, „die Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit zu stärken“. Eine fast delphische Formulierung, die eigentlich nur den Schluß zuläßt, daß die SPD-Kultusminister zu gegebener Zeit bestimmen werden, was als „konformistisch“ zu gelten habe. In dieser Schule ist natürlich kein Raum für das Elternrecht. Die Eltern dürfen in der Schulerziehung nur „mitwirken“, ihre Kinder dagegen sogar „mitverwalten“. Im Programmentwurf hieß

es noch „Mitbestimmung der Eltern“. Das wurde in Bad Godesberg geändert. Typisch ist die Begründung für die Änderung, die etwa der Delegierte Baldfried Barthel, Kaiserslautern, Leiter der dortigen Volkshochschule, mit folgenden Sätzen gab:

„Im Bezirk der Wirtschaft ist der Begriff der Mitbestimmung von unserer Seite her eindeutig bestimmt. Im Bezirk der Schule ist er nicht eindeutig bestimmt. Er kann in sehr vielen Fällen, nicht nur im politischen Bereich, sondern auch in anderen Bereichen, zum Beispiel beim Elternrecht, durch die kanalisierte Meinungsbildung in einer Weise ausgenutzt werden, wie wir es auf gar keinen Fall wollen. Mit der Mitwirkung der Eltern ist das, was wir in der Schule wollen, ohne weiteres erreichbar.“ (Beifall)

Eine sehr aufschlußreiche, wenn auch nicht unbedenkliche Auffassung von Demokratie.

Mit einer unbeschränkt dehnbaren Formel wird schließlich auch gegenüber Wissenschaft und Forschung das Staatsprimat deklariert: „Der Staat hat Vorsorge zu treffen, daß Forschungsergebnisse nicht zum Schaden der Menschheit mißbraucht werden.“ Im Hinblick auf das etablierte kulturpolitische Staatsmonopol gewinnt für die Kirchen folgender Satz des Grundsatzprogramms erhebliche praktische Bedeutung: „Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch . . . mißbraucht werden.“

Neue Taktik, alte Doktrin

Als Fazit dieser Betrachtungen läßt sich also feststellen: Die SPD hat keine der überlieferten marxistisch-sozialistischen Zielvorstellungen in ihrem Grundsatzprogramm aufgegeben; nach ihrem Selbstverständnis ist sie nach wie vor von einer „höheren“ Qualität als alle übrigen Parteien; geändert haben sich lediglich Taktik und Vokabular; Endziel bleibt die Überwindung der „bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“.

In einer Kritik am Gothaer Programm (Brief an Bracke vom 5. Mai 1875) hat Karl Marx unter anderem geschrieben: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ Marx hat in Herbert Wehner einen gelehrigen Schüler gefunden. Denn Wehner erklärte auf dem Godesberger Parteitag:

„Wir müssen uns heute darüber klar werden, worauf es vor allem ankommt. Jeder Schritt wirklicher Bewegung, demokratischer Bewegung, Arbeiterbewegung und Arbeitnehmerbewegung ist wichtiger als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen. Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Unser Programm enthält keinen solchen Vorschlag, enthält keinen solchen Riegel, es enthält aber eine ganze Anzahl entscheidender und bis heute vielfach vernachlässigter Ansätze dafür, daß wir zu einer solchen Bewegung kommen, damit unsere demokratische Ordnung durch die lebendigen Demokraten umgestaltet wird zu einer Ordnung, die nicht mehr rückläufig zu einer Kasten-, zu einer Cliquen- oder Klassenherrschaft entwickelt werden kann.“

Wer den Weg der SPD vom Deutschlandplan über das Godesberger Programm bis zum Parteitag von Hannover 1960 verfolgt, der wird an Lenins Wort erinnert: „Wir erlernten . . . wenigstens bis zu einem bestimmten Grad . . . eine . . . notwendige Kunst: die Elastizität, die Fähigkeit, unsere Taktik rasch und jäh zu ändern, veränderte objektive Bedingungen zu berücksichtigen, einen anderen Weg zu unserem Ziel zu wählen, wenn der frühere Weg sich für den gegebenen Zeitabschnitt als unzweckmäßig, als unmöglich erwiesen hat.“

(Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus der im Verlag Staat und Gesellschaft, Bonn, erscheinenden Monatszeitschrift: „Die politische Meinung“, Heft 58/61)

DIE GEISTIGEN UND SOZIALPOLITISCHEN GRUNDLAGEN DER CDU/CSU

von Dr. Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Aufsatz, den wir hier mit einigen Kürzungen wiedergeben, erschien in der Wochenzeitung „ECHO DER ZEIT“ als Erwiderung auf einen Angriff des katholischen Publizisten J. O. Zöllner gegen die Unionspolitik der CDU/CSU in der gleichen Wochenzeitung. Zöllners Thesen waren von der Besorgnis getragen, daß in der Politik der CDU/CSU als einer von Christen beider Konfessionen getragenen Volkspartei Wesentliches aus dem katholischen Ideengut verlorengehe. Daraus erklärt sich, daß Dr. Krone in seiner Entgegnung ausführlicher auf den katholischen Beitrag zur geistigen und sozialpolitischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts eingeht. Ergänzend wäre z. B. viel über die evangelische Erweckungsbewegung des Pietismus und deren Bedeutung für sozialpolitische Vorschläge und Werke innerhalb des Protestantismus des 19. Jahrhunderts zu sagen. Auch wäre noch manches über die liberale Theologie und den liberalen Protestantismus des 19. und 20. Jahrhunderts und das Erbe dieser geistigen Einflüsse in eine Darstellung der geistigen und sozialpolitischen Grundlagen der CDU/CSU einzubeziehen. Es ist vorgesehen, diese Ergänzungen in späteren Aufsätzen zu bringen.

In letzter Zeit sind mancherlei Publikationen über die Parteien herausgekommen. Wichtige Nachforschungen sind über das Schicksal und das Erbe der alten Parteien unter dem Nationalsozialismus angestellt worden.

Nun — manche Erinnerungen sind mit ihren letzten Trägern ins Grab gesunken. Von Außenstehenden, so sehr sie auch wissenschaftlich bemüht waren, objektiv die noch vorhandenen Quellen zu durchforschen, werden die innere Atmosphäre, die Verbindungen und unsichtbaren Spannungen zwischen einzelnen Personen und Kreisen nicht immer erkannt, obgleich sie für bedeutsame Entschlüsse und Entwicklungen von Einfluß waren. Die Historiker unserer Zeit haben es nicht leicht, das Dickicht zwischen Vergessen und Verschweigen zu durchstoßen.

Aber nicht nur Wissenschaftler, auch Politiker und Publizisten haben sich über einzelne Parteien geäußert, nicht immer einsichtig, oft mit dem Vorurteil des Parteigegners, der darauf aus ist, Fehler und Schwächen in der Position der anderen Partei zu buchen und daraus Hoffnungen für die Zukunft der eigenen politischen Gruppe zu schöpfen. Noch mißlicher wirkt es sich aus, wenn nonkonformistische Intellektuelle, denen es keine Partei recht machen kann, sich kritisch mit Politik und Parteien befassen. Wer kann schon erraten, von welcher eigenen Basis sie bei ihrer Beurteilung der Lage ausgehen? Das eine Mal wird behauptet, die Parteien hätten keinerlei Vorstellungen von ihren geschichtlichen Voraussetzungen, sie kennten ihre geistigen Ahnen nicht, sie besäßen kein Geschichtsbild. Dann wiederum wird behauptet, sie verstünden sich selbst nur aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts. Die eine Partei berufe sich auf Bebel, Ebert, Julius Leber und Ernst Reuter, andere wieder auf die Hauptrepräsentanten des deutschen Idealismus. Nachdem also zunächst in Frage gestellt wird, daß die deutschen Parteien noch über ein Geschichtsbild verfügten, wird dann behauptet, daß sich trotzdem eine klare Scheidung zwischen den Geschichtsbildern der einzelnen Parteien treffen lasse...

Nie preisgegeben

Wie soll der unvoreingenommene Leser diesen Widerspruch verstehen? Wer es noch nicht gemerkt hat, dem sei es gesagt, daß unsere Verwunderung dem Aufsatz von J. O. Zöllner: „Der Preis der Volksparteien“ in der Neujahrsnummer 1961 von „Echo der Zeit“ gilt. Der Sinn des Aufsatzes ist wohl, nachzuweisen, daß breit strukturierte Volksparteien, die alle Schichten der Bevölkerung umfassen, auf Kosten der Schärfe und Grundsatzfestigkeit ihrer Programme Konzessionen machen müssen, um, zur Erlangung einer durchschlagenden Mehrheit, heterogene politische Elemente in ihrem Rahmen zusammenhalten zu können...

Eine rein marxistische Partei, die zur Gewinnung der parlamentarischen Mehrheit nicht auf bürgerliche Wähler angewiesen ist, hat es natürlich leichter, ein strammes Pro-

gramm durchzuexerzieren, als z. B. die heutige SPD, die ihre marxistische Herkunft im Godesberger Programm schamhaft verdecken muß, um den notwendigen Zuzug aus dem bürgerlichen Lager nicht zu beeinträchtigen.

Eine rein katholische oder eine rein evangelische Partei hat es einfacher, die Konsequenz ihrer Grundlagen zu erweisen, als eine christliche Unionspartei, die auf beide Konfessionen und vielleicht sogar auf eine Schar allgemein-christlicher, aber nicht konfessionsbestimmter Wähler Rücksicht nehmen soll.

Zu jeder Zeit hat es in den Parteien Intransigente, Integrale und Rigoristen gegeben, die Vergnügen daran fanden, sich als Ultras aufzuspielen. Im alten Zentrum hat es das gegeben, und in der alten sozialdemokratischen Partei ebenfalls. Beim Zentrum kam bei etlichen „Quertreibern“, wie sie genannt wurden, die integrale Neigung zu einer rein katholischen Partei zum Ausdruck, und auf der anderen Seite der Zug zu einer interkonfessionellen christlichen Partei. Bei der alten sozialdemokratischen Partei kam es zur Abspaltung mannigfacher radikaler Richtungen, von den Unabhängigen bis zu den Spartakisten und Kommunisten verschiedenster Schattierung.

Was aber gegen Zöllner gesagt werden muß: Trotz der Zugeständnisse, die eine Massenpartei hie und da machen muß, haben die maßgeblichen Parteien ihre geschichtlichen Grundlagen und ihre geistige Form, ihre grundsätzlichen Voraussetzungen nie preisgegeben. Immer stand fest, ob der Grundcharakter einer Partei marxistisch, sozialistisch, liberal oder christlich war.

Äußerlich betrachtet, ist die CDU/CSU eine geschichtlich junge Partei, indes die SPD — dem Anschein nach — auf eine ältere Tradition zurückblicken kann. Doch das ist, wie gesagt, nur eine äußerliche Betrachtungsweise. Die Geschichte der politischen christlichen Gruppierung ist mindestens so alt wie die der sozialistischen. Beide Richtungen haben sich ja in gegenseitiger Auseinandersetzung geformt. Die CDU/CSU ist gewiß nicht aus einer einzigen Wurzel entstanden. Mannigfache Strömungen sind nach und nach zusammengefloßen. Auch der Sozialismus hat verschiedene Wurzeln. Da waren die Lassalleaner und die Marxisten und noch frühere Richtungen (Weitling, Comte u. a.).

Zweifelloso reichen die Anfänge der deutschen Parteien nur bis ins 19. Jahrhundert zurück. Die demokratische Entwicklung begann in Deutschland später als in England. Auch in Frankreich kam die Parteibildung etwas früher. Das lag an der geschichtlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern. Das fürstliche absolutistische Regime hielt sich in Deutschland länger. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die deutschen Parteien sich vornehmlich auf die geistigen Voraussetzungen im 19. Jahrhundert beziehen... Natürlich datiert die Geschichte der verschiedenen politischen Gruppierungen nicht vom Zeitpunkt ihrer formellen Begründung. Die Geistesströmungen, von denen sie ihren Ausgang nehmen, liegen vor der organi-

satorischen Formierung. Jede sich schließlich organisatorisch verfestigende Bewegung hat ihre geistige Vorgeschichte, die viel älter ist. Vor der organisatorischen Begründung der sozialistischen Parteien gab es eine sozialistische Geschichte. Comte, Proudhon und die Kathedersozialisten erstanden vor dem sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus des Marxismus.

Die christlich-soziale Bewegung

Die christliche Bewegung, natürlich zunächst in konfessionell getrennten Richtungen verlaufend, hat ihre Wurzel in der Überwindung der Aufklärung und in der Erneuerung des christlichen Ideengutes zu Beginn des 19. Jahrhunderts...

Die literarische Romantik war von einer religiösen Romantik begleitet, die sich immer mehr zu einer sozial-caritativen Bewegung entwickelte. Erst auf diesem Boden erwuchs die christliche Sozialpolitik, die ihre politischen Postulate an den Staat richtete und die Parteibildung befruchtete.

Auf katholischer Seite widmeten sich Clemens Brentano und sein Kreis in Koblenz caritativer Arbeit. Die Frauen des romantischen Kreises, Appolonia Diepenbrock, Karoline Settegast, Margarethe Verflassen, Luise Hensel, stellten sich auf Anregung von Clemens Brentano und seines Freundes Dietz für die caritative Arbeit in einem Koblenzer Krankenhaus zur Verfügung. Luise Hensel war die Erweckerin der Ordensstifterinnen Franziska Schervier, Klara Fey und Pauline Mallinckrodt. Clemens Brentano schrieb ein Buch über die Barmherzigen Schwestern. Auch der große Görres und der königliche Leibarzt, Professor Ringseis, in München förderten die sozial-caritativen Bemühungen. Görres sah in seinem berühmten Aufsatz „Staat und Cholera“ die Zusammenhänge zwischen Politik und sozial-caritativer Arbeit.

Was sich auf katholischer Seite entfaltete, vollzog sich auch im evangelischen Bereich. Die großen sozialen Werke des Pastors Goßner eröffneten auch in der evangelischen Kirche eine neue Ära, die in den Stiftungen Wicherns weitere Vollendung fand. Es gab manches Hin und Her zwischen evangelischen und katholischen Christen. Die preußische Königin besichtigte das von Barmherzigen Schwestern geleitete große Krankenhaus in München und äußerte sich bewundernd über die geleistete Sozialarbeit, die sie sich für ihre Berliner Gründung zum Vorbild nahm. (Auf die christlich-soziale Bewegung in Frankreich, mit Chateaubriand und de Maistre einsetzend und in Lamennais, Lacordaire, Montalembert ihre sozial-politische Form prägend, wollen wir hier nicht eingehen. Zweifellos sind von Frankreich starke Einflüsse und Anregungen ausgegangen.)

Es ist nicht so gewesen, daß etwa der von Zöller erwähnte Ritter v. Buß als einzelner für sich gestanden hätte. Er war Exponent einer großen religiös-sozialen Bewegung, die ihren Ausfluß zunächst in den Piusvereinen suchte. Buß war ein faszinierender Volksmann, bedeutend als Redner und Organisator. Er brachte Versammlungen von über 50 000 Teilnehmern in Zeiten eines noch nicht entwickelten Verkehrs zustande. Gewiß war Buß mit seiner Kammerrede von 1837 Karl Marx weit voraus. In dieser Rede entwickelte er schon die Grundlagen einer christlichen Sozialpolitik: Arbeitsschutz, Sicherung gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung. Buß stand als Sozialpolitiker nicht allein: Baader und Adam Müller hatten in gleich entschiedener Weise die soziale Frage aufgegriffen. Dies alles kam nicht von ungefähr. Es ergab sich aus den vorhandenen geistigen Impulsen und den sich daraus entwickelnden Bewegungen. Man denke auch an die Arbeiten Kettlers und

Kolpings! Diese Bewegungen setzten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fort. Wir brauchen auf katholischer Seite nur auf die Gebrüder Reichen-sperger und ihre weitgehenden sozialen Forderungen zu weisen. Wie Kettlers Anregungen bei Professor Franz Hitze auf fruchtbaren Boden fielen, im Volksverein mit Dr. August Pieper konkrete Gestalt annehmen und die soziale Gesetzgebung entscheidend befruchteten, soll hier nicht im einzelnen aufgeführt werden. Diese Bemühungen reichen in unsere Zeit hinein.

Auf evangelischer Seite wirkten neben Wichern Pastor Fliedner und Pastor v. Bodelschwingh. In die politisch-soziale Entwicklung griffen Stöcker, Wagener und Naumann ein. Daß Wagener eine Zeitlang starkes Gehör bei Bismarck fand, braucht hier nur erwähnt zu werden.

Neben den freien Gewerkschaften entwickelten sich katholische und evangelische Arbeitervereine. Schon frühzeitig fanden sich evangelische und katholische Arbeiterführer in christlichen Gewerkvereinen zusammen, wo auch evangelische und katholische Geistliche einträchtig am gemeinsamen Werk arbeiteten. In den christlichen Gewerkvereinen fand eine erste organisierte Union zwischen katholischen und evangelischen Christen statt. Der Kampf mit der integralen Berliner Richtung wurde siegreich bestanden. Pius X. sanktionierte in seiner Enzyklika „Singulari Quodam“ das Zusammengehen katholischer und evangelischer Christen.

Geistige Kontinuität

Es war notwendig auf diese Gesamtentwicklung der christlich-sozialen Bewegung im 19. Jahrhundert (die übrigens in Österreich in der Vogelsang-Schule ihr Gegenstück fand) hinzudeuten, um die geistige Kontinuität von damals bis heute zu beweisen. Geistige Bewegungen leben aus Ideen (die von Gedanken blasser Ideologien zu unterscheiden sind). Ideen überbrücken die Jahrhunderte; sie leben in den Menschen weiter und pflanzen sich von Generation zu Generation fort. Wenn die katholischen und die evangelischen Christen von heute sich auf die Vorbilder im 19. Jahrhundert berufen, so tun sie das mit einem legitimen Recht...

In der auch mit Dr. Brüning erarbeiteten Essener Rede Stegerwalds auf dem 10. Christlichen Gewerkschaftskongreß vom November 1921 wurde eine neue Parteilagergruppierung vorgeschlagen: das Zusammenwirken katholischer und evangelischer Christen mit einem christlichen und sozialen Programm. Eine soziale Steuerung des Eigentums, die Schaffung einer Volkskleinaktie wurden schon damals gefordert. Hier sind deutlich wichtige Programmforderungen der späteren CDU/CSU vorweggenommen. Bei der alten Zentrumsparterie gab es einen evangelisch-katholischen Paritätsausschuß, in dem gemeinsam kulturpolitische Probleme beraten und konfessionelle Schwierigkeiten geklärt wurden. In diesem Ausschuß arbeiteten u. a., ohne Mitglied der Zentrumsparterie zu sein, Professor Martin Rade, Professor Siegmund-Schultze, Rechtsanwalt Lohmann und andere evangelische Christen mit. — Einmal wurde auch mit der Bildung eines evangelischen Flügels im Zentrum ernst gemacht, als der evangelische Pastor Hecker als Zentrumsabgeordneter in den Reichstag einzog. Gewiß waren diese Versuche noch verfrüht. Sie zeigen aber, daß die CDU/CSU nicht ohne geschichtliche Vorbilder und Fundamente ist, daß sie aus bedeutenden geistig-religiösen, sozialen Bewegungen zusammengewachsen ist. Sie ist nicht geschichtslos, nicht ohne Tradition. Der geistige Fundus, den ihr die Bewegungen des 19. Jahrhunderts und auch der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts als Erbe mitgaben, bietet genügend Ideen für ein Geschichtsbild, das Zöller allerdings bei der CDU/CSU vermissen will. Buß, Baader, Adam Müller, Josef v. Görres, Ketteler, Kolping, Hitze, Goßner, Wichern, Fliedner, v. Bodelschwingh,

Stöcker, Wagener, Naumann haben die Bausteine zusammengetragen, aus denen Nachfahren die CDU/CSU gebaut haben.

Zöller hat den Kulturkongreß der CDU/CSU in Gelsenkirchen völlig unberücksichtigt gelassen... Daß eine Partei nicht Kirche, ihre Politik nicht Religion sein kann, daß eine Partei christliche Sittlichkeit nicht für sich allein in Erbpacht nehmen darf, das wurde in Gelsenkirchen als

selbstverständlich hingestellt. Die CDU/CSU nahm für sich nur den Willen in Anspruch, in der Politik aus christlichem Glauben zu handeln, christlichen Ordnungsgedanken in Staat und Gesellschaft Geltung zu verschaffen. In dem Maße, wie ihr das gelingt, verwirklicht sich ein annäherndes christliches Ordnungs- und Gesellschaftsziel, das aus christlichen Ideen, ja aus einem christlichen Geschichtsbild im Laufe von Generationen gewachsen ist...

DAS GESETZ FÜR DIE STUNDE DER NOT

Eine Dokumentation des Bundesministeriums des Innern

Der Bundesminister des Innern stellte vor dem Bundestag eine Dokumentation über das Notstandsrecht in Aussicht. Diese Dokumentation ist nunmehr durch das Bundesministerium des Innern als Druckschrift herausgegeben worden. Bundesminister Dr. Schröder schreibt dazu folgendes Vorwort:

Vor wenigen Wochen las ich einen Leserbrief in der „Welt der Arbeit“. Unter der Überschrift „Niemand kennt das Notstandsgesetz“ hieß es da: „Es klingt etwas eigenartig, wenn das Wort ‚Notstandsgesetz‘ im Kreise der Arbeitskollegen erörtert wird. Es werden traurige Erinnerungen aus den Jahren des ‚Dritten Reiches‘ wach. Ungewißheit, beklemmende Sorgen stehen in einem Fragespiel. Aber niemand in unserem Kreise kennt den genauen Inhalt des so oft erwähnten und zur Debatte stehenden ‚Notstandsgesetzes‘. Es wäre für mich, aber bestimmt auch für andere Leser... aufschlußreich, über dieses Problem einen ausführlichen Bericht zu lesen.“)

Auch ich bin überzeugt, daß der Einsender des Leserbriefes für zahlreiche Staatsbürger spricht. Viele von ihnen haben nur ungenaue Vorstellungen von dem Notstandsproblem. Sie kennen Text und Begründung des Regierungsentwurfs nicht. Sie haben zwar gehört, daß der Gesetzentwurf viele bedeutsame verfassungspolitische Fragen berührt und daß er bei der Opposition Widerspruch und Einwände ausgelöst hat. Aber es war für sie nicht leicht, der Auseinandersetzung zu folgen. Nicht nur, daß die Diskussion um ein deutsches Notstandsrecht schon lange vor der Veröffentlichung des Regierungsentwurfs begonnen hat und sich bereits seit vielen Jahren hinzieht. Sie spielte sich auch keineswegs auf einem einzigen überschaubaren Forum ab. Wer sich heute ihren Verlauf vergegenwärtigen will, mußte alte Zeitungsbände wälzen; er mußte in den Archiven der Rundfunkanstalten nach dem Wortlaut von Vorträgen oder Parteiengesprächen forschen und auch die Protokolle von Bundestag und Bundesrat einsehen. Wer hat zu alledem schon die Zeit! Und doch ist es wichtig, den Verlauf der Auseinandersetzung zu kennen, denn noch ist sie nicht abgeschlossen. Noch steht der Bundestag vor einer seiner wichtigsten Entscheidungen. Und von dieser Entscheidung kann es einmal abhängen, ob unser Staat in einer Stunde der Krise überleben wird. Das ist eine Frage, die nicht nur Politiker und Verfassungsjuristen, sondern uns alle angeht.

Die vorliegende Schrift gibt einen Überblick über die bisherigen Bemühungen und über die Diskussion um ein deutsches Notstandsrecht. Sie bringt auch Text und Begründung des Regierungsentwurfs und antwortet nochmals auf die zahlreichen Fragen, die an die Bundesregierung gerichtet worden sind. Es sind viele Fragen, wichtige und minder wichtige. Vielleicht hält es mancher Leser für überflüssig, daß hier z. B. eine Antwort erteilt wird auf die Frage, ob es denn überhaupt notwendig sei, schon heute, in einer Zeit der Ruhe, an Sicherheitsvorkehrungen für die Stunde der Gefahr zu denken. Aber selbst diese Frage ist noch nicht erledigt. Denn es war nicht der „Mann auf der Straße“, aus dessen Munde sie

niemanden erstaunt hätte, sondern es waren bekannte Politiker der Linken, die sie zuerst stellten. Kein Wunder also, wenn manch einer sie ihnen heute noch nachspricht.

Zahlreiche andere Fragen erscheinen verständlicher. Was bedeutet äußerer Notstand und was innerer Notstand? Was besagte eigentlich Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung? Ist der Regierungsentwurf eine Neuauflage dieser Bestimmung? Wie ist die Vorsorge für den Ausnahmezustand in anderen demokratischen Ländern geregelt? Wäre das Streikrecht bedroht, wenn das ‚Notstandsgesetz‘ in Kraft träte? Warum einigen sich Regierungsmehrheit und Opposition nicht? Beide beteuern doch ihre Bereitschaft zur Verständigung. Geht es der Bundesregierung vielleicht gar nicht um die Sache, sondern um „Giftgas für den Wahlkampf“? So sagte es nämlich ein Sprecher der SPD im Bundestag. Nun, wer die folgenden Seiten unbefangen liest, der wird feststellen, daß hier kein Giftgas abgeblasen wird. Es geht vielmehr darum, die Luft zu reinigen.

Aus den Darlegungen auf den folgenden Seiten ergeben sich m. E. folgende Feststellungen:

1. 1954, als das Problem „Ablösung des alliierten Vorbehalts durch ein deutsches Notstandsrecht“ erstmals aufkam, schien zunächst die Einsicht in die Notwendigkeit einer Grundgesetzergänzung bis in die Reihen der SPD hinein verbreitet. Allerdings gab es auch damals schon bei der SPD sehr entschiedene Gegner eines deutschen Notstandsrechts, aber sie standen nicht im Vordergrund.
2. Als ich 1958 in einer Rede in Stuttgart einer breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines deutschen Notstandsrechts ankündigte, war das Echo anfangs von Zurückhaltung und Unbehagen bestimmt. Seither aber ist das Verständnis in der Bevölkerung immer mehr gewachsen, daß gerade in ruhigen Zeiten für den Notstandsfall vorgesorgt werden muß.
3. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, das Problem frei von Parteipolitik und in einer der klaren und kühlen Höhenluft des Verfassungsgesetzgebers angemessenen Betrachtungsweise zu prüfen.
4. Die sozialdemokratische Opposition hat damals auf jeden meiner Appelle zur Mitarbeit an einem Notstandsgesetz sofort ablehnend geantwortet: „Es ist genügend vorgesorgt.“ Einzelne anderslautende Äußerungen aus ihren Reihen zogen sich das Mißfallen der Fraktion zu. Auch die FDP verhielt sich zunächst ablehnend. Erst bei der Ersten Lesung erklärte sie sich zu konstruktiver Mitarbeit bereit.
5. Die Vorlage des Regierungsentwurfs im Januar 1960 konnte die politisch interessierte Öffentlichkeit nicht überraschen. Mehrfach zuvor war die Bundesregierung aufgefordert worden, ihre Pläne offenzulegen; auch von der SPD. Den Umriss der beabsichtigten Regelung hatte ich bereits in einer Rundfunkrede 1959 dargelegt.

*) Veröffentlicht am 3. Februar 1961 in der Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Welt der Arbeit“

Stöcker, Wagener, Naumann haben die Bausteine zusammengetragen, aus denen Nachfahren die CDU/CSU gebaut haben.

Zöller hat den Kulturkongreß der CDU/CSU in Gelsenkirchen völlig unberücksichtigt gelassen... Daß eine Partei nicht Kirche, ihre Politik nicht Religion sein kann, daß eine Partei christliche Sittlichkeit nicht für sich allein in Erbpacht nehmen darf, das wurde in Gelsenkirchen als

selbstverständlich hingestellt. Die CDU/CSU nahm für sich nur den Willen in Anspruch, in der Politik aus christlichem Glauben zu handeln, christlichen Ordnungsgedanken in Staat und Gesellschaft Geltung zu verschaffen. In dem Maße, wie ihr das gelingt, verwirklicht sich ein annäherndes christliches Ordnungs- und Gesellschaftsziel, das aus christlichen Ideen, ja aus einem christlichen Geschichtsbild im Laufe von Generationen gewachsen ist...

DAS GESETZ FÜR DIE STUNDE DER NOT

Eine Dokumentation des Bundesministeriums des Innern

Der Bundesminister des Innern stellte vor dem Bundestag eine Dokumentation über das Notstandsrecht in Aussicht. Diese Dokumentation ist nunmehr durch das Bundesministerium des Innern als Druckschrift herausgegeben worden. Bundesminister Dr. Schröder schreibt dazu folgendes Vorwort:

Vor wenigen Wochen las ich einen Leserbrief in der „Welt der Arbeit“. Unter der Überschrift „Niemand kennt das Notstandsgesetz“ hieß es da: „Es klingt etwas eigenartig, wenn das Wort ‚Notstandsgesetz‘ im Kreise der Arbeitskollegen erörtert wird. Es werden traurige Erinnerungen aus den Jahren des ‚Dritten Reiches‘ wach. Ungewißheit, beklemmende Sorgen stehen in einem Fragespiel. Aber niemand in unserem Kreise kennt den genauen Inhalt des so oft erwähnten und zur Debatte stehenden ‚Notstandsgesetzes‘. Es wäre für mich, aber bestimmt auch für andere Leser... aufschlußreich, über dieses Problem einen ausführlichen Bericht zu lesen.“)

Auch ich bin überzeugt, daß der Einsender des Leserbriefes für zahlreiche Staatsbürger spricht. Viele von ihnen haben nur ungenaue Vorstellungen von dem Notstandsproblem. Sie kennen Text und Begründung des Regierungsentwurfs nicht. Sie haben zwar gehört, daß der Gesetzentwurf viele bedeutsame verfassungspolitische Fragen berührt und daß er bei der Opposition Widerspruch und Einwände ausgelöst hat. Aber es war für sie nicht leicht, der Auseinandersetzung zu folgen. Nicht nur, daß die Diskussion um ein deutsches Notstandsrecht schon lange vor der Veröffentlichung des Regierungsentwurfs begonnen hat und sich bereits seit vielen Jahren hinzieht. Sie spielte sich auch keineswegs auf einem einzigen überschaubaren Forum ab. Wer sich heute ihren Verlauf vergegenwärtigen will, müßte alte Zeitungsbände wälzen; er müßte in den Archiven der Rundfunkanstalten nach dem Wortlaut von Vorträgen oder Parteiengesprächen forschen und auch die Protokolle von Bundestag und Bundesrat einsehen. Wer hat zu alledem schon die Zeit! Und doch ist es wichtig, den Verlauf der Auseinandersetzung zu kennen, denn noch ist sie nicht abgeschlossen. Noch steht der Bundestag vor einer seiner wichtigsten Entscheidungen. Und von dieser Entscheidung kann es einmal abhängen, ob unser Staat in einer Stunde der Krise überleben wird. Das ist eine Frage, die nicht nur Politiker und Verfassungsjuristen, sondern uns alle angeht.

Die vorliegende Schrift gibt einen Überblick über die bisherigen Bemühungen und über die Diskussion um ein deutsches Notstandsrecht. Sie bringt auch Text und Begründung des Regierungsentwurfs und antwortet nochmals auf die zahlreichen Fragen, die an die Bundesregierung gerichtet worden sind. Es sind viele Fragen, wichtige und minder wichtige. Vielleicht hält es mancher Leser für überflüssig, daß hier z. B. eine Antwort erteilt wird auf die Frage, ob es denn überhaupt notwendig sei, schon heute, in einer Zeit der Ruhe, an Sicherheitsvorkehrungen für die Stunde der Gefahr zu denken. Aber selbst diese Frage ist noch nicht erledigt. Denn es war nicht der „Mann auf der Straße“, aus dessen Munde sie

niemanden erstaunt hätte, sondern es waren bekannte Politiker der Linken, die sie zuerst stellten. Kein Wunder also, wenn manch einer sie ihnen heute noch nachspricht.

Zahlreiche andere Fragen erscheinen verständlicher. Was bedeutet äußerer Notstand und was innerer Notstand? Was besagte eigentlich Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung? Ist der Regierungsentwurf eine Neuauflage dieser Bestimmung? Wie ist die Vorsorge für den Ausnahmezustand in anderen demokratischen Ländern geregelt? Wäre das Streikrecht bedroht, wenn das ‚Notstandsgesetz‘ in Kraft träte? Warum einigen sich Regierungsmehrheit und Opposition nicht? Beide beteuern doch ihre Bereitschaft zur Verständigung. Geht es der Bundesregierung vielleicht gar nicht um die Sache, sondern um „Giftgas für den Wahlkampf“? So sagte es nämlich ein Sprecher der SPD im Bundestag. Nun, wer die folgenden Seiten unbefangen liest, der wird feststellen, daß hier kein Giftgas abgeblasen wird. Es geht vielmehr darum, die Luft zu reinigen.

Aus den Darlegungen auf den folgenden Seiten ergeben sich m. E. folgende Feststellungen:

1. 1954, als das Problem „Ablösung des alliierten Vorbehalts durch ein deutsches Notstandsrecht“ erstmals aufkam, schien zunächst die Einsicht in die Notwendigkeit einer Grundgesetzergänzung bis in die Reihen der SPD hinein verbreitet. Allerdings gab es auch damals schon bei der SPD sehr entschiedene Gegner eines deutschen Notstandsrechts, aber sie standen nicht im Vordergrund.
2. Als ich 1958 in einer Rede in Stuttgart einer breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines deutschen Notstandsrechts ankündigte, war das Echo anfangs von Zurückhaltung und Unbehagen bestimmt. Seither aber ist das Verständnis in der Bevölkerung immer mehr gewachsen, daß gerade in ruhigen Zeiten für den Notstandsfall vorgesorgt werden muß.
3. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, das Problem frei von Parteipolitik und in einer der klaren und kühlen Höhenluft des Verfassungsgesetzgebers angemessenen Betrachtungsweise zu prüfen.
4. Die sozialdemokratische Opposition hat damals auf jeden meiner Appelle zur Mitarbeit an einem Notstandsgesetz sofort ablehnend geantwortet: „Es ist genügend vorgesorgt.“ Einzelne anderslautende Äußerungen aus ihren Reihen zogen sich das Mißfallen der Fraktion zu. Auch die FDP verhielt sich zunächst ablehnend. Erst bei der Ersten Lesung erklärte sie sich zu konstruktiver Mitarbeit bereit.
5. Die Vorlage des Regierungsentwurfs im Januar 1960 konnte die politisch interessierte Öffentlichkeit nicht überraschen. Mehrfach zuvor war die Bundesregierung aufgefordert worden, ihre Pläne offenzulegen; auch von der SPD. Den Umriß der beabsichtigten Regelung hatte ich bereits in einer Rundfunkrede 1959 dargelegt.

*) Veröffentlicht am 3. Februar 1961 in der Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Welt der Arbeit“

6. Die viel erwähnten Kontakte zwischen den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der SPD hatten, als der Regierungsentwurf veröffentlicht wurde, noch gar nicht zu einer Begegnung geführt. Die Gespräche des Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, Matthias Hoogen, mit ein oder zwei Vertretern der SPD führten nur zu drei Begegnungen und brachen bereits im März 1960 ab. Eine Verständigung in der Sache war nicht gefunden. Öffentlich erklärte die SPD immer wieder kategorisch, sie sei zu keiner wie auch immer gearteten Verfassungsergänzung in bezug auf den inneren Notstand bereit. Ohne eine solche Regelung würde jedoch das Notstandsgesetz — auch nach Meinung unabhängiger Verfassungsjuristen — unbrauchbar sein. Solange diese Kompromißlosigkeit in der Sache fort-dauert, ist von weiteren Gesprächen dieser Art nichts zu halten. Leider kann ich auch den jüngsten Außen-fer vom SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schäfer vom 7. Februar 1961 kein sachliches Zugeständnis entnehmen.
7. Die sozialdemokratische Opposition bestand auf informellen Gesprächen, statt sich — wie die FDP — zu einer Beratung des Regierungsentwurfs im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren bereit zu erklären. Mag sie ihre Bedenken gegen den Entwurf für noch so erheblich ansehen — sie kann bei den normalen Ausschußberatungen nichts riskieren, außer der Offenbarung ihrer wirklichen Vorstellungen. Denn gerade

weil der Entwurf nicht ohne die Stimmen der SPD Gesetz werden kann, wäre eine „Überrumpelung“ der Sozialdemokraten ausgeschlossen.

8. Die SPD hat nicht überzeugend dargelegt, weshalb sie, wenn sie den Regierungsentwurf für untauglich hält, nicht einen eigenen Entwurf vorgelegt hat. Sie kann jedenfalls nicht erwarten, daß die von Dr. Schäfer am 7. Februar 1961 angeführte Begründung (siehe Seite 70) ernst genommen wird.
9. Die SPD versagt sich bisher einer wirklichen Lösung des Notstandsproblems vor allem wohl aus Rücksicht auf die Einstellung radikaler Gewerkschaftsführer, die auch im Falle eines Staatsnotstandes ihr vermeintliches Recht auf politischen Streik nicht beschränkt sehen wollen.

Wenn diese Schrift den Umfang der Gegensätze klar offenlegt, so geschieht das, um der Sache zu dienen. Ein Brückenschlag über den Graben, der die Regierungsmehrheit und die sozialdemokratische Opposition noch trennt, ist nämlich erst dann möglich, wenn die Positionen klar auszumachen sind. Würde sich eine tragfähige Lösung als möglich erweisen, so wäre die Bundesregierung gewiß einverstanden. Jedoch wäre es trügerisch, ein Konstrukt zu errichten, die einer ernsthaften Beanspruchung nicht standhalten könnte. Das wäre schlimmer als eine Fehlleistung, es wäre verantwortungslos.

„AUS DER LUFT GEGRIFFEN“

Keine konfessionelle Ämterpatronage in Nordrhein-Westfalen

Der Schriftleitung der „Evangelischen Verantwortung“ sind zahlreiche Äußerungen zur Frage der konfessionellen Parität in der Personalpolitik zugegangen. Diese Zuschriften knüpfen teils an die Haushaltsdebatte des nordrhein-westfälischen Landtages, teils an Erklärungen von Präses D. Beckmann vor der rheinischen Landessynode in Bad Godesberg an. Es erscheint uns notwendig, auf die angeschnittenen Fragen einzugehen. Aus diesem Grunde geben wir hier einen Artikel der „RHEINISCHEN POST“ wieder, der ausführlich zu den Vorwürfen Stellung nimmt, die von oppositioneller Seite gegen den nordrhein-westfälischen Kultusminister Schütz erhoben worden sind. Im Anschluß daran bringen wir einen Bericht von der Pressekonferenz, die der Evangelische Arbeitskreis der CDU für Westfalen-Lippe am 14. März mit Ministerpräsident Dr. Meyers abgehalten hat. Weitere Stellungnahmen zu diesem Thema bleiben vorbehalten.

Im Interesse einer sachlichen Diskussion muß von allen, die sich äußern, mit Nachdruck verlangt werden, daß allgemein gehaltene Verdächtigungen der für die Personalentscheidungen verantwortlichen Stellen unterbleiben. Nur die Ausbreitung der Tatsachen ermöglicht es, Vorwürfe im einzelnen auf ihre Berechtigung zu untersuchen und etwaige Mißstände zu beseitigen. Im übrigen sollte eine öffentliche Diskussion in allen Fällen erst dann erfolgen, wenn man sich vorher um eine Klärung und Beseitigung von Beanstandungen bei den zuständigen Stellen selbst bemüht hat. Es liegt auf der Hand, daß personalpolitische Beschwerden nur allzu leicht politisch mißbraucht werden können.

Kulturpolitik gehört nicht zu den robusten Pflanzen im deutschen Garten. Sie ist arg gezaust und gebeutelt worden, seitdem die Sorgen um das tägliche Brot abgelöst wurden durch die um Eisschrank und Fernsehapparat. Man mag das hinnehmen als eine Behandlung, die der Abhärtung dient. Gefährlich aber sind Versuche, vom Kulturbereich her Keile zwischen die Konfessionen zu treiben. Mit dem Nähen des Wahltermins für den Landtag von Nordrhein-Westfalen wird seitens der Opposition mit wachsender Lautstärke behauptet, der evangelische Volksteil werde im Bereich des Kultusministeriums majorisiert.

Bei der Zweiten Lesung des Haushaltsplanes für 1961 hat die FDP-Abgeordnete Lieselotte Funcke behauptet, ihre Partei müsse für Gleichberechtigung der Konfessionen eintreten. Die Schärfe in ihrer Rede zum Einzelplan des Kultusministers war kaum zu überbieten. Sie zitiert Minister Schütz der „Hintergehung“ des Düsseldorfer Abkommens der Kultusminister. Sie erklärte, seine Personalpolitik sei „einseitig wie eh und je“. Sie behauptete, die Präsidien der Evangelischen Kirchen im Rheinland und von Westfalen und der Lippische Landessuperintendent seien kürzlich beim Kultusminister gewesen, um ihre tiefe Sorge über Benachteiligung des evangelischen Volksteiles durch die Personalpolitik des Kultusministers vorzutragen.

Die Wirklichkeit im Lande Nordrhein-Westfalen sieht jedoch so aus: Der Kultusminister ist evangelisch, sein Staatssekretär katholisch. Von den fünf Abteilungen des Kultusministeriums werden die für Schulen und Kunst/Kultur von Katholiken geleitet, die für Forschung und die Zentralabteilung von evangelischen Ministerialdirigenten, die Hochschulabteilung kommissarisch durch einen evangelischen Ministerialrat. Letzterer, so sagte Frau Funcke in eindeutig an den Kultusminister gerichtetem Vorwurf, werde vom Minister nicht bestätigt, weil er evangelisch sei. Innenminister Dufhues machte den Zwischenruf: „Völlig aus der Luft gegriffen!“ Kultusminister Schütz und Staatssekretär Adenauer haben die Bestätigung des kommissarischen Leiters durch das Kabinett beantragt!

Von zwölf Ministerialratsstellen im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen sind ganze zwei durch Katholiken besetzt!

Die Schulräte

Über die Parität der Konfessionen bei Besetzung von Schulratsstellen äußerte der SPD-Abgeordnete Prasuhn in der gleichen Landtagssitzung dunkle Befürchtungen. Er meinte, zur Zeit werde die Liste katholischer Bewerber mit Nachdruck aufgefüllt. In der Tat hat das

Kultusministerium in der Amtszeit von Werner Schütz vom 1. August 1958 bis Mitte Dezember 1960 mit der Leitung vakant gewordener Schulaufsichtsbezirke 31 Katholiken und 17 Evangelische betraut. Ist also die Parität verletzt worden?

Zunächst wäre zu untersuchen, welchen Überhang an nicht besetzten Schulaufsichtsbezirken Minister Schütz von seinem Amtsvorgänger Luchtenberg übernehmen mußte. Von Luchtenberg ist nicht überliefert, daß er den katholischen Volksteil vorgezogen hätte. Es erscheint die Vermutung nicht abwegig, daß vakant gebliebene Stellen aus seiner Amtszeit mehr im katholischen Bereich zu suchen sind als im evangelischen.

Im Kultusministerium wird die Konfessionalisierung solcher Personalfragen als Grundsatz abgelehnt. In der Regel gilt es aber als faire Lösung, den Schulrat aus Bewerbern jener Konfession zu nehmen, der die Mehrheit der Lehrer eines Schulaufsichtsbezirkes angehört. Gibt es eine starke Minderheit in einem Bezirk und ist er groß genug, so wird ein Schulrat aus jeder der beiden Konfessionen gewählt.

Das sieht in der Praxis so aus: 74 katholische, 61 evangelische Lehrer, Schulrat katholisch; 96 katholische, 123 evangelische Lehrer, Schulrat evangelisch; 111 katholische, 183 evangelische Lehrer, ein evangelischer und ein katholischer Schulrat; 264 katholische, 345 evangelische Lehrer, ein katholischer, zwei evangelische Schulräte. Im einzigen Falle völliger Parität der Lehrer (80 : 80) wurde ein evangelischer Schulrat eingesetzt, und in einer Großstadt bekam ein Evangelischer die Schulratsstelle, obwohl 153 katholische Lehrer gegenüber 138 evangelischen die Mehrheit hatten. Nicht in einem Falle dagegen wurde ein Katholik dort Schulrat, wo es mehr evangelische Lehrer gibt.

Angenehmes Privileg

Einige Gemeinden haben schon aus preußischer Zeit das Privileg, selbst Schulräte ernennen zu können. Allerdings ist eine Bestätigung durch das Ministerium erforderlich, denn Schulaufsicht ist eine staatliche Aufgabe. Der SPD-Abgeordnete Prasuhn hat im Landtag angeregt, es möge doch mehr Gemeinden und Kreisen als bisher erlaubt werden, Schulräte zu ernennen. Um diesen Wunsch des um konfessionelle Parität so besorgten SPD-Abgeordneten zu verstehen, muß untersucht werden, wie die — nicht selten SPD-regierten — Rathäuser mit dem Privileg umgegangen sind...

Vom 1. August 1958 bis Mitte Dezember 1960, im gleichen Zeitraum also, in dem das Ministerium 48 Schulratsstellen nach den geschilderten Grundsätzen besetzt hat, haben Städte und Kreise 11 Schulräte ernannt, sieben evangelische, vier katholische. Ein gesunder Ausgleich also?

In einer Großstadt wurde bei 115 katholischen und 87 evangelischen Lehrern einer aus der konfessionellen Minderheit Schulrat, in einer anderen sogar bei einem Verhältnis von 194 katholischen zu 161 evangelischen Lehrern! In einer dritten Großstadt wurden von fünf Schulaufsichtsbezirken drei mit evangelischen Schulräten besetzt. In

zweien dieser Bezirke ist das Verhältnis der Konfessionen 235 katholische zu 144 evangelischen Lehrern, im dritten 220 katholische zu 162 evangelischen. Alle drei evangelischen Schulräte aber stehen in dieser SPD-regierten Großstadt der SPD nahe. Kein Wunder also, daß der Landtagsabgeordnete Prasuhn die kommunale Selbstverwaltung durch das Privileg, Schulräte zu ernennen, stärken will. Wie das mit dem Geist des nordrhein-westfälischen Schulgesetzes zu vereinbaren wäre, steht auf einem anderen Blatt.

Die Oberstudiendirektoren

Die FDP-Abgeordnete Frau Funcke hat sich darüber erregt, daß eine evangelische Bewerberin für die Leitung des für Nordrhein zuständigen Schulkollegiums in Düsseldorf abgelehnt wurde. In diesem Falle hatte Kultusminister Schütz die Parität verteidigen müssen. Denn schon das Schulkollegium für Westfalen in Münster hat einen evangelischen Leiter! Das in Düsseldorf wird zwar von einem Katholiken geleitet, aber sechs Oberschulräte sind evangelisch und sechs katholisch.

Frau Funcke hat behauptet, die meisten höheren Schulen würden durch katholische Oberstudiendirektoren geleitet. Sie sagte sogar „überwiegend“ — worunter gemeinhin eine erdrückende Überzahl verstanden wird.

An den 66 staatlichen höheren Schulen in Nordrhein-Westfalen sind 16 301 Schüler evangelisch, 16 917 katholisch, 449 sonstiger Weltanschauung. 35 Schulleiter aber sind evangelisch, 31 katholisch!

An den 310 nichtstaatlichen öffentlichen höheren Schulen (der Kommunen und Kommunalverbände) sind 88 115 Schüler evangelisch, 72 256 katholisch, 2557 sonstiger Weltanschauung. 159 Schulleiter sind evangelisch, 146 katholisch, einer sonstiger Weltanschauung. Eine Stelle ist vakant, drei Mädchengymnasien werden von Oberstudiendirektoren benachbarter Jungengymnasien geleitet.

Gift an die Wurzeln

Wer einem Kultusminister öffentlich vorwirft, daß er in seinem Bereich eine der beiden Konfessionen planmäßig benachteilige, erfüllt die Voraussetzungen der Paragraphen 186 und 187 a des Strafbuch (üble und politische üble Nachrede). Kultusminister Schütz hat keinen Strafantrag gestellt, sondern schmunzelnd erklärt: „Wir sind noch einmal davongekommen.“

Seit der Kulturdebatte am 20. Dezember aber sind die massiven Vorwürfe der Opposition mit großer Lautstärke in die Öffentlichkeit getragen und diskutiert worden. Wie unbegründet sie waren, hätte jeder Landtagsabgeordnete vorher durch Rückfrage im Ministerium leicht und schnell erfahren können.

Daß dies unterlassen wurde, läßt nur einen Schluß zu: Es gibt Personen und Gruppen, die meinen, an der schwelenden Glut konfessionellen Haders ihr parteipolitisches Süppchen kochen zu können! Daß sie damit Gift an die Wurzeln der nicht allzu kräftigen Pflanze Kulturpolitik bringen, kümmert sie nicht.

„Geradezu ein Kulturkampf . . .“

Angesichts der Gefahr, daß „mit völlig unzureichenden Begründungen geradezu ein Kulturkampf in unserem Lande entfacht“ werde, könne er nicht länger schweigen, erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Meyers auf einer Pressekonferenz in Weidenau an der Sieg, zu der der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU für Westfalen-Lippe, Landtagsabgeordneter Bach, eingeladen hatte.

Dr. Meyers wies die Vorwürfe einer konfessionellen Ämterpatronage zum Nachteil der evangelischen Bevöl-

kerung, wie sie u. a. auch in einer Artikelserie des von Landesbischof D. Dr. Lilje herausgegebenen „Sonntagsblattes“ unter der Überschrift: „Wollen Sie wieder das Zentrum?“ gegenüber der Landesregierung und der Christlich-Demokratischen Union in Nordrhein-Westfalen erhoben worden waren, energisch zurück. Seine große Sorge sei, daß auf solche Weise grundlose Beunruhigung in die Beamtenschaft getragen werde. Keine Landesregierung könne eine einseitige konfessionelle Personalpolitik treiben; denn Verfassung, Landesbeamten-gesetz, Lauf-

bahnverordnung und andere Vorschriften garantierten, daß allein Vorbildung, Können und Leistung für Einstellung und Aufstieg der Beamten entscheidend seien. Die Klagen über eine konfessionelle Benachteiligung in der Personalpolitik kämen nicht aus der eigenen Partei. Sie machten ihn um so mehr stutzig, als derartige Vorwürfe bisher fast vor jeder Wahl erhoben worden seien. Wer aber so schwerwiegende Vorwürfe allen Ernstes erheben zu müssen meine, sollte sich nicht in den Schein des Verdachtes begeben, daß seine Anschuldigungen etwas mit den Wahlen zu tun hätten.

Vorwürfe nicht stichhaltig

Dr. Meyers erklärte weiter, er fühle sich verletzt, „wenn jemand nur ein Stück an die Wand wirft“, anstatt das ganze Bild der konfessionellen Zusammensetzung der Beamenschaft zu schildern. Aufgrund der jüngsten Angriffe habe er eine Zusammenstellung machen lassen, die beweise, daß die Vorwürfe nicht stichhaltig seien. In Nordrhein-Westfalen sei bei der letzten Regierungsbildung peinlich genau die Parität beachtet worden. Die Imparität bei den Staatssekretären (8 katholisch, 2 evangelisch) sei darauf zurückzuführen, daß der Ministerpräsident seinen Ministern nicht vorschreiben könne, wer für den Posten eines Staatssekretärs als fachlich am besten geeignet anzusehen sei. Von den Ministerialdirigenten der Landesregierung seien 20 evangelisch, 18 katholisch und einer ohne Konfession; von den Ministerialräten 51 evangelisch, 46 katholisch und 3 ohne Konfession.

Ohne Frage sei zuzugeben, daß in manchen Sparten — z. B. in der Verwaltungsgerichtsbarkeit — mehr katholische, in anderen wiederum mehr evangelische Beamte zu finden seien. Er habe sich persönlich darum bemüht, in solchen Fällen durch Nachwuchssteuerung zu einem Ausgleich zu kommen. Im Zeichen der Vollbeschäftigung sei es jedoch schwierig, für bestimmte Verwaltungszweige überhaupt Bewerber zu finden.

Ministerpräsident Meyers teilte mit, daß er Vertretern der evangelischen Landeskirchen in eingehenden Gesprächen die Situation klargelegt und sie gebeten habe, ihm Fälle, die zu beanstanden seien, zu benennen. Wegen der Anwürfe gegen das Kultusministerium habe Minister Schütz am 11. Januar an die Präses der evangelischen Landeskirchen die gleiche Bitte gerichtet. Von einem Landessuperintendenten sei bereits erklärt worden, daß keine Beanstandungen vorlägen.

In der Artikelserie des „Sonntagsblattes“ war auch der offizielle Vertreter der katholischen Bischöfe bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Prälat Fillbrandt, Köln, angegriffen worden. Dr. Meyers erklärte hierzu auf Fragen der Journalisten: als seinerzeit Prälat Fillbrandt von den katholischen Bischöfen in Nordrhein-Westfalen in dieses Amt berufen worden sei, habe er als Ministerpräsident die Präses der evangelischen Landeskirchen gebeten, auch ihrerseits einen Vertreter zu ernennen, so wie in Bonn bei der Bundesregierung Prälat D. Kunst als Beauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland und Prälat Wissing für die katholischen Bischöfe tätig seien. Die Überlegungen im evangelischen Raum über die Ernennung eines Vertreters seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

Keine parteiinterne „pressure group“

Dr. Meyers ging schließlich auf die Frage ein, die im „Sonntagsblatt“ wie auch in der katholischen „Allgemeinen Sonntagszeitung“, Würzburg, nach der Aktivität der Jungen Union und der Sozialausschüsse in der CDU gestellt worden war und auf der Pressekonferenz erneut vorgebracht wurde. Im „Sonntagsblatt“ war u. a. behauptet worden: die CDU in Nordrhein-Westfalen stehe „merklich unter dem Druck einer parteiinternen Koalition, in der sich der militante ‚rechte‘ Flügel der Jungen Union und die von den alten ‚linken‘ Zentrumskräften beherrschten Sozialausschüsse der Partei zusammengefunden haben“. Auch das trüge dazu bei, daß „der konfessionelle Unfriede die innere Stabilität des größten Bundeslandes untergräbt“.

Hier seien, so betonte Dr. Meyers, ganze Problemkreise vereinfachend zusammengeworfen worden. Es handele sich in erster Linie um ein Generationsproblem, vor dem die CDU als junge Partei zum ersten Male stehe. Die Jugend suche sich jetzt gegenüber der Generation der Gründer durchzusetzen. Was der jungen Generation an Tradition von Weimar fehle, ersetze sie durch Arbeitskraft und Schwung. Hieraus ergäben sich Spannungen. In der Jungen Union selbst sei die gleiche konfessionelle Ausgewogenheit zu verzeichnen wie in der Bundespartei. In den Sozialausschüssen überwiege ohne Zweifel das katholische Element. Daß Junge Union und Sozialausschüsse gemeinsame Probleme hätten und diese mit jugendlichem Elan vorbringen, berechtige aber niemanden, sie als parteiinterne „pressure group“ im Sinne katholischer Einflusnahme zu bezeichnen.

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

Brandts Pressekonferenz

Die „NEUE ZÜRCHER ZEITUNG“ berichtet über Willy Brandts jüngste Pressekonferenz in Bonn:

„Der ‚Kanzlerkandidat‘ der SPD, Willy Brandt, ist gleich nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten vor der Bonner Presse aufgetreten, offensichtlich, um auch das deutsche Publikum etwas von dem Rückenwind spüren zu lassen, der seine Tournee in Amerika so sehr beflügelte. Der Nachfolger des sozialistischen Führers Kurt Schumacher, der einst Adenauer den ‚Bundeskanzler der Alliierten‘ genannt und diesen Titel als schlimmste Diffamierung und Beleidigung gemeint hatte, sucht sich

heute, elf Jahre nach jenem Zwischenfall, selber als der Kanzlerkandidat zu empfehlen, dem mehr als seinem Gegenspieler die Gunst des großen Alliierten lächle.

Die Schilderung, die Brandt von Washington dieser Tage gab, war voll von indirekten Winken und Belehrungen an die Adresse Bonns. Drüben, so berichtete er, sei ein Prozeß der Bestandsaufnahme und des Neu-Durchdenkens im Gange, der keine Tabus und keinerlei Konformismus dulde, der alles wieder in Frage ziehe, in dem neue Ideen, woher sie auch kommen mögen, hochwillkommen seien. In dieser eifrigen Suche nach neuen Wegen liege die große Chance einer modernen, kraftvollen Politik des Westens, die den

Grabenkrieg überwinden und reale Möglichkeiten in der deutschen Frage bieten könne. Von Deutschland selber werde in diesem Prozeß nicht nur ein materieller, sondern auch ein geistiger Beitrag erwartet, vor allem aber eine offensivere Haltung gegenüber dem Osten, d. h. die Überwindung der Angst vor der Ansteckung in der direkten Berührung mit dem Kommunismus. Starrheit sei unter solchen Umständen keine Antwort mehr, und der ‚alte Stil‘ passe nicht mehr in die Landschaft.

Wasser auf die eigene Mühle

Washington wünsche dringlichst so weit wie möglich gemeinsame außenpolitische Bemühungen in Deutschland — so mahnte Brandt und lei-

tete damit direkt Wasser aus dem Potomac auf seine eigene Mühle im deutschen Wahlkampf, in dem er seit langem zu gemeinsamer Außenpolitik oder gemeinsamer Überprüfung der Außenpolitik aufruft, um zu verhindern, daß sein Gegner die bisherige Außenpolitik der SPD gegen ihn ausspielt. In diesem Zusammenhang verlangte er mit besonderem Nachdruck eine Bereinigung des deutschen Verhältnisses zu Polen, 'trotz enttäuschender Zwischenäußerungen' aus Warschau.

Brandt ist von Kennedy offenbar so stark beeindruckt, daß er auch seine frühere bedächtige und zögernde Ausdrucksweise gewandelt hat und konzentrierte Sachlichkeit und einen forschenden offensiven Ton pflegt. Die männliche Entschiedenheit seiner Äußerungen konnte allerdings nicht verbergen, daß diese Äußerungen in ihrer Substanz sehr vage waren. Unter den kritischen Fragen der Presse lösten sie sich denn auch fast alle in Dunst auf. So fand Brandts Begeisterung über das Neudenken eine Grenze an der Berliner Frage; überall sind ihm neue Gedanken willkommen, aber hier offenbar entschieden nicht. In welcher Richtung sich die Überprüfung aller Politik in Washington bewege, vermochte er nicht anzudeuten, ebenso wenig, welcher Art der 'geistige Beitrag' Deutschlands zu diesem Prozeß seiner Substanz nach sein sollte oder welche 'realen Möglichkeiten' für die deutsche Frage darin steckten. Auch mit seiner Bemerkung, daß man vor der direkten Begegnung mit dem Osten keine Scheu haben solle, wollte er nicht beim Wort genommen werden, als er gefragt wurde, ob er an Kontakte mit dem 'anderen Deutschland' denke. Ausweichende und verschwommene Antworten erfolgten auch auf die Frage, in welcher Form denn eine Normalisierung des Verhältnisses mit Polen erfolgen solle.

Unverbindliche Stilkritik

Dies und das meiste andere war offensichtlich nur sehr allgemein gemeint und zu verstehen, und ein harter politischer Kern solcher Äußerungen wurde nicht spürbar. Noch immer bewegt sich Brandt in seiner Kampagne in den Gefilden unverbindlicher Stilkritik, und man hat den Eindruck, daß er die eigentliche Politik, die, welche ein eindeutiges 'Ja' oder 'Nein' zu den verschiedensten Fragen verlangt, meidet wie das Glatteis. Es ist vorauszusehen, daß er damit in einem Wahlkampf, in dem harte Fragen gestellt werden, nicht weit kommen wird.

Brandts Popularitätserfolg in Amerika wird dem sozialistischen Kanzlerkandidaten in seinem eigenen

Erziehung

Bildung

Ausbildung

230 Seiten, 15 × 23 cm, kartoniert, DM 7,80

Die Referate des Kulturpolitischen Kongresses der CDU/CSU 1960 in Gelsenkirchen

Im gleichen Format sind Einzelbroschüren erschienen, die jeweils ein Referat enthalten (ca. 24 Seiten, DM 1,10).

Presse- und Informationsdienste

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Verlagsgesellschaft mbH, Bonn

Land unter solchen Umständen nur bedingt zugute kommen. 'Smiling Willy' zieht hier nicht so wie in Chicago, die Leute sind mit diesem Bild allmählich überfüttert. Es fiel übrigens auf, wie kritisch selbst der Opposition nahestehende Journalisten, die Brandt auf seiner Amerika-Tournee begleiteten, über die Fassadenhaftigkeit dieses Triumphzuges berichteten. Der Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen dürfte in dieser Beziehung auch ein Mahnmal für die Linke sein, selbst wenn sie und Brandt selber heute das Ergebnis mit beachtlicher Akrobatik in einen 'Erfolg' umdeuten und es zum Anlaß voller Zuversicht für den Bundestagswahlkampf erklären. Zum Erfolg der CDU dürften nicht unmaßgeblich gerade die Stimmen jener jungen Wähler beigetragen haben, auf welche die SPD mit ihrem 'jugendlichen' Kandidaten zielt."

Kommunalwahlen als Generalprobe

Unter dieser Überschrift heißt es in der "WELT" u. a.:

"Ganz offenkundig gab der 19. März Aufschlüsse über den Stand der politischen Entwicklung. Die Regierungspartei wird vielleicht zu früh triumphieren, aber den Erfolg wird ihr niemand absprechen können. In dieser Form war er eine Überraschung. Die noch größere Überraschung ist allerdings, wie wenig sich die kühnen Erwartungen der Sozialdemokraten erfüllt haben, wie der Auftrieb ausblieb, den die Partei nach der Ernennung Willy Brandts zum Kanzlerkandidaten erhofft hatte, und nach ihren mutigen und fast waghalsigen Beschlüssen zur Änderung des Parteiprogramms und zur Revision des Kurses ihrer Außen- und Verteidigungspolitik.

Noch ist nicht aller Tage Abend. Eine gewisse Melancholie jedoch wird alle Männer der Partei erfassen, auch jene, die zwar nicht auf den Sieg im September setzten, wohl aber fest mit einem Zuwachs rechneten, der die Sozialdemokratie bündnisfähig machen würde. Mancher Skeptiker, der davor warnte, Willy Brandt zu früh und mit zuviel Schwung als Kanzlerkandidaten aufzubauen, weil der Stimmungsrausch zu schnell verfliege, wird jetzt seine Stimme lauter erheben; und er wird aufmerksamer gehört werden.

Das Phänomen

Gewiß, die Sozialdemokraten können darauf hinweisen, daß sie bei den Kommunalwahlen am 19. März mehr Wähler an sich ziehen konnten als bei der letzten Bundestagswahl. Aber dieser von ihnen angestellte Vergleich soll wohl in erster Linie dazu dienen, keinen Katzenjammer aufkommen zu lassen. Alle Wahlen der letzten zwölf Jahre zeigten deutlich, daß die Christlichen Demokraten weder in den Ländern noch in den Gemeinden in der Lage waren, die voraufgegangenen Erfolge bei den Bundestagswahlen zu wiederholen. Ihr Tiefpunkt war stets die Gemeindewahl. Das Phänomen des 19. März ist jedoch, daß sie dennoch in Nordrhein-Westfalen die Sozialdemokraten überrunden und in Niedersachsen stark an Boden gewinnen konnten.

Die Parteien werden aus diesem Wahltag ihre Schlüsse ziehen, und sie werden das Ergebnis auch deshalb sehr ernst nehmen, weil bei diesen letzten Wahlen vor dem September reichlich ein Drittel aller Bürger zur Wahl aufgerufen war und mit der Stimmabgabe in nüchternen Zahlen bestätigte, was die großen Meinungsbefragungen der letzten Wochen schon in Umrissen erkennen ließen..."

Ein Menetekel für die SPD

So nennt die Züricher „TAT“ den Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Das Blatt schreibt u. a.:

„Was der aufmerksame Beobachter seit langem auch ohne Hilfe der Meinungsforscher in der Luft wittern konnte, haben die Gemeinde- und Kreistagswahlen in den großen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eklatant bestätigt: daß die Christlichen Demokraten nach den Rückschlägen, die sie im vorletzten und letzten Jahre hinnehmen mußten, den Wahlwind wieder kräftig in ihren Segeln verspüren.

Ihr ‚Sturm auf die roten Rathäuser‘ hat zwar nicht gerade mit einem Triumph, aber doch mit einem unzweideutigen Erfolg geendet, und die (ohnedies gegenüber dem vergangenen Jahr schon weit heruntergeschraubten) Hoffnungen der Sozialdemokratie, im kommenden September die Kanzler-Partei einzuholen oder gar zu überholen, können jetzt, wenn nicht im letzten Moment eine unerwartete Wendung eintritt, zu Grabe getragen werden.

Kein Trost

Nun ist es zweifellos richtig (und wir haben das an dieser Stelle bei jeder Gelegenheit unterstrichen), daß kommunale Urnengänge kein ‚Test‘ für den Ausgang bundespolitischer Auseinandersetzungen sind. Aber das ist kein Trost für die Bonner Opposition, sondern enthält eher eine beunruhigende Warnung. Denn es gehört zu jenen Erfahrungstatsachen, die fast schon den Charakter einer Gesetzmäßigkeit haben, daß die SPD in Bundestagswahlen schlechter abschneidet als in Landtagswahlen und daß sie in den Gemeinden noch um ein Erkleckliches stärker ist als in den Ländern — weil viele Wähler, die ihr in der ‚großen‘ Politik mißtrauen, die unbezweifelbaren Leistungen ihrer lokalen Magistraten an der Urne zu honorieren pflegen. So sah sich die CDU bei den letzten nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Oktober 1956 von den Sozialdemokraten weit überflügelt; zehn Monate später, als der Bundestag gekürt werden mußte, vereinigte sie jedoch mehr als 50 Prozent aller nordrhein-westfälischen Stimmen auf sich. Das war offenbar doch nur teilweise das

Ergebnis eines Meinungsumschwungs. Zum anderen Teil ergab sich die Differenz einfach daraus, daß Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen von Bürgern, die ihre Gemeinde gern einer sozialdemokratischen Verwaltung anvertrauen, im Bunde ‚Experimente‘ scheuten und daher für die Christlichen Demokraten als die Partei des Status quo stimmten.

Gerade darum ist es ein unübersehbares Gefahrensignal für die Linke, wenn am 19. März die Union in den Gemeinden des größten Bundeslandes (und des größten deutschen Industriegebietes) von 38 auf 45 Prozent der Stimmen anstieg, während die SPD von den mehr als 44 Prozent, die sie vor viereinhalb Jahren erhalten hatte, auf weniger als 41 Prozent absank.

Absolute Stimmenverluste

Die Linke hat nicht nur kaum etwas von der viel höheren Wählerzahl profitiert; mancherorts sind die sozialdemokratischen Stimmen sogar absolut zurückgegangen. In Duisburg etwa gewann die CDU 21 000 Stimmen, während die SPD 10 000 verlor. In Bonn büßten die Sozialdemokraten ein volles Viertel ihres Wählerbestandes ein. In Solingen, Wuppertal, Bielefeld — Zentren des westdeutschen Protestantismus — liegen die CDU-Stimmen mehr als 40 Prozent höher als 1956, während die SPD in diesen Städten kleinere oder größere Einbußen (in Solingen immerhin ein volles Sechstel, in Wuppertal dagegen nur 5 Prozent) hinnehmen mußte. Einzig Köln macht eine Ausnahme: ein kräftiger Zuwachs der Linken hält den christlich-demokratischen Gewinnen ungefähr die Waage.

Etwas anders sehen die Dinge in Niedersachsen aus: hier haben die Sozialdemokraten ihre Position fast durchweg gehalten, ja ihren Stimmenanteil um den Bruchteil eines Prozentes verbessert. Während die CDU sich auf Kosten der kleineren bürgerlichen Parteien von 20,5 auf 28,2 vorarbeitete, behauptete die SPD mit 38,8 Prozent mühelos die Spitze. Aber wenn die Linke hier keine nennenswerten Verluste zu beklagen hat, so stagniert sie doch, während die ‚Bürgerliche Sammlung‘ um die Christlichen Demokraten sich zwar langsamer als im Rhein-Ruhr-Gebiet aber doch unverkennbar fortsetzt.

Die kleinen Parteien

Von den kleinen Parteien hat sich — und das ist vielleicht einer der bemerkenswertesten, wenn auch gewiß nicht der auffälligste Aspekt der Wahlergebnisse — nur die Freie Demokratische Partei stabil gehalten: einem leichten Rückschlag in Niedersachsen stehen durchgehende, da und dort sogar recht beachtliche Gewinne in Nordrhein-Westfalen gegenüber (in Wuppertal hat die FPD ihre Stimmenzahl um mehr als 35 Prozent erhöht). Haare lassen mußten dagegen die Flüchtlingspartei (BHE) und vor allem die Deutsche Partei; und daß diese beiden Gruppen — deren Zusammenschluß zu einer ‚gesamtdeutschen Partei‘ im Zeichen der Bundestagswahl demnächst perfekt werden soll — gerade in ihren niedersächsischen Hochburgen dezimiert wurden, ist kaum dazu angetan, ihre Wahlhoffnungen für den September sonderlich zu beflügeln: während der BHE in Niedersachsen von 10,8 auf 8,4 Prozent zurückfiel, hat die Deutsche Partei von 15,4 Prozent, die sie bei den letzten niedersächsischen Gemeindewahlen noch erreichte, nur 9,4 Prozent zu bewahren vermocht (was sich, bei der kleineren Wahlbeteiligung, in absoluten Zahlen als noch größerer Verlust niederschlägt!). Schwer angeschlagen ist aber auch die kleine, nur wegen ihres rechtsextremistischen und halb-nationalsozialistischen Programms überhaupt bemerkenswerte Deutsche Reichspartei: den lokalen Erfolgen, die diese Gruppe letztes Jahr in Rheinland-Pfalz erzielte, ist in Niedersachsen ein eindeutiger und nicht wegzudiskutierender Wählerverlust gefolgt, der in ausgesprochenen Hochburgen rechtsradikaler ‚neonazistischer‘ Elemente wie Celle, Oldenburg, Wilhelmshaven und Cuxhaven schon die Ausmaße eines Zusammenbruchs angenommen hat.

Klarer Trend

Selbstverständlich spielen bei Gemeindewahlen lokale Fragen eine große Rolle. Trotzdem ist der Trend klar genug, um Schlüsse zu gestatten, die über das Lokale hinausreichen. Daß die CDU ihre Stärke erstmals auch kommunalpolitisch demonstrieren konnte, hängt wohl zu einem guten Teil damit zusammen, daß sie den Ruf, eine ‚katholische‘ oder ‚klerikale‘ Partei zu sein, nun auch in den Gemeinden und Kreisen abgestreift hat. Das geht aus den besonders aufheuerregenden Erfolgen hervor, die sie in den Hochburgen des rheinischen und westfälischen Protestantismus eingeheimst hat...